

Highlights des EUMC-Berichts

„Muslime in der Europäischen Union: Diskriminierung und Islamophobie“

Die in sämtlichen Sprachen der EU zur Verfügung gestellten Übersetzungen dieser Zusammenfassung dienen der Information. Vorrangig gilt die englische Fassung.

„Muslime in der Europäischen Union: Diskriminierung und Islamophobie“ ist ein Bericht der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) über die Lage von Muslimen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Der Bericht untersucht verfügbare Daten und Informationen über das Ausmaß und die Art der Diskriminierung von Muslimen sowie über islamophobe Vorfälle innerhalb der EU. Diese Vorkommnisse werden nach wie vor unzureichend dokumentiert und gemeldet. In dem Bericht werden zudem Beispiele bewährter Praktiken in den Mitgliedstaaten aufgezeigt und Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus sowie zur Förderung der Integration vorgeschlagen.

Wesentliche Ergebnisse und Schlussfolgerungen

- ✓ Viele europäische Muslime sind - unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft und ihrer Einstellung zur Religion - Diskriminierung in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Wohnungswesen ausgesetzt.
- ✓ Die Diskriminierung von Muslimen kann auf islamophobe Einstellungen wie auch auf rassistischem und fremdenfeindlichem Ressentiment beruhen, da diese Elemente häufig miteinander verwoben sind. Feindseligkeit gegenüber Muslimen muss deshalb im allgemeineren Kontext von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegenüber Migranten und Minderheiten gesehen werden.
- ✓ Wenngleich Daten über religiös motivierte Vorfälle nur in begrenztem Umfang erhoben werden, ist es offensichtlich, dass Muslime islamophoben Handlungen ausgesetzt sind. Diese reichen von verbalen Drohungen bis zu physischen Übergriffen.
- ✓ Die über Diskriminierungsopfer verfügbaren Daten zeigen, dass europäische Muslime häufig überproportional in Gebieten mit schlechteren Wohnverhältnissen vertreten sind, dass außerdem ihr Bildungsniveau unter dem Durchschnitt und ihre Arbeitslosenquote über dem Durchschnitt liegen. Muslime sind häufig in Berufen beschäftigt, die eine geringere Qualifikation erfordern. Als Gruppe sind sie in den Niedriglohnsektoren der Wirtschaft überrepräsentiert.
- ✓ Viele europäische Muslime, vor allem Jugendliche, sehen sich beim sozialen Aufstieg mit Hindernissen konfrontiert. Dies könnte zu einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit und des sozialen Ausschlusses führen.
- ✓ Rassismus, Diskriminierung und gesellschaftliche Marginalisierung stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft dar.

Diskriminierung europäischer Muslime

Beschäftigung

In einigen Mitgliedstaaten ist die Arbeitslosenquote unter Muslimen eher hoch. Im Vereinigten Königreich etwa ist die Arbeitslosenquote unter Muslimen höher als unter Angehörigen anderer Religionen. Dies gilt sowohl für Frauen als auch für Männer. In Irland ergab die Volkszählung 2002, dass 11 % aller dort lebenden Muslime arbeitslos waren. Der landesweite Durchschnitt lag dagegen bei 4 %.

Untersuchungen zur Diskriminierung („discrimination testing“) haben gezeigt, dass Muslime Diskriminierung ausgesetzt sind und nur über eingeschränkte Beschäftigungsmöglichkeiten verfügen. Im Vereinigten Königreich wurde beispielsweise von einer von der BBC produzierten Radiosendung 2004 ein Test durchgeführt, bei dem 50 Unternehmen von sechs fiktiven Bewerbern eine Bewerbung erhielten, deren Namen stark auf einen weißen britischen, afrikanischen bzw. muslimischen Hintergrund schließen ließen. Die weißen Bewerber erhielten eher als die schwarzen Bewerber eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch (25 bzw. 13 %). Die Bewerber mit muslimischen Namen hatten mit 9 % den geringsten Erfolg. In Frankreich verschickte die Universität Paris 2004 als Reaktion auf 258 Stellenangebote für Vertriebsmitarbeiter Standardlebensläufe, die erkennbar von einer Reihe verschiedener ethnischer Gruppen stammten. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Chance, eine positive Antwort zu erhalten, für aus Nordafrika stammende Personen fünf Mal geringer war.

Bildung

Ein geringes Bildungsniveau ist ein weiterer Faktor, der auf die Diskriminierung von europäischen Muslimen hindeutet. In mehreren Mitgliedstaaten, in denen ein beträchtlicher Teil der Migrantenbevölkerung Muslime sind (beispielsweise in Dänemark, Deutschland oder Frankreich) weisen Migranten und aus Drittstaaten stammende Menschen eine niedrigere Bildungsabschlussquote und eine geringere durchschnittliche Qualifikation als die Mehrheitsbevölkerung auf.

Die PISA-Studien der OECD zu den Lernleistungen von Migranten belegen, dass nicht im Land geborene Schüler niedrigere Lese- und Schreibleistungen als einheimische Schüler erzielen. Vor allem in Ländern, in denen der Bildungs- und sozioökonomische Status von Migrantenfamilien – darunter viele mit muslimischem Hintergrund – vergleichsweise niedrig ist, ist das Leistungsgefälle zwischen Schülern mit und ohne migrantischem Hintergrund häufig vergleichsweise größer.

Die Mitgliedstaaten verfolgen bei der Erbringung von Religionsunterricht verschiedene Konzepte. Dazu gehören ein nichtkirchlicher schulischer Religionsunterricht, ein lehrplanübergreifender Islamunterricht oder ein gesonderter Islamunterricht, der innerhalb oder außerhalb des Kontextes der staatlichen Schulen erbracht wird. Die muslimischen Gemeinden bieten außerdem zusätzlichen Unterricht im Bereich der islamischen Religionserziehung an. Es gibt in diesem Zusammenhang jedoch Bedenken gegen die Einladung von aus Drittländern stammenden Imamen, die nicht über eine formale Qualifikation verfügen und wenig – oder nicht – über den örtlichen sozialen und kulturellen Kontext Bescheid wissen.

Wohnungswesen

Migranten, einschließlich jener aus überwiegend muslimischen Ländern, scheinen hinsichtlich ihres Wohnstatus allgemein unter schlechteren Wohnverhältnissen und einer vergleichsweise größeren Gefährdung und Unsicherheit zu leiden. Die Wohnverhältnisse haben sich in ihren Mustern zwar gebessert, aber es bestehen weiterhin große Ungleichheiten aufgrund des Mangels an Sozialwohnungen für einkommensschwache Gruppen, wie Migranten und deren Angehörige.

Islamophobe Vorfälle

Damit religiös motivierte bzw. diesbezügliche schwere Straftaten erkannt werden können, muss die verfügbare amtliche Datengrundlage ausgebaut werden. Derzeit verfügen nur das Vereinigte Königreich und Finnland über Mechanismen zur amtlichen Datenerhebung im Bereich Strafverfolgung, die über die Herkunft des Opfers einer rassistischen Straftat detailliert Aufschluss geben. Nur das Vereinigte Königreich veröffentlicht Strafverfolgungsdaten, die Muslime gesondert als Opfer von Hassdelikten ausweisen.

Kombiniert man amtliche Daten und nicht amtliche Informationen von Nichtregierungsorganisationen, wird trotzdem ersichtlich, dass islamophobe Vorfälle in mehreren EU-Mitgliedstaaten gemeldet wurden. Diese Vorfälle reichen von verbalen Drohungen bis zu physischen Angriffen auf Menschen und Eigentum.

Das EUMC untersucht die Islamophobie und deren Erscheinungsformen auf der Grundlage international vereinbarter Standards über Rassismus und auf der Grundlage der laufenden Arbeit des Europarats und der Vereinten Nationen.

Informationen zu muslimischen Gemeinschaften in der Europäischen Union

Bestehende demografische Statistiken lassen über die Anzahl der in der Europäischen Union lebenden Muslime nur Schätzungen zu. Eine vorsichtige Schätzung auf der Grundlage von amtlichen Berechnungen und von Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen liegt bei rund 13 Millionen Personen. Dies sind 3,5 % der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union.

Muslime stellen die zweitgrößte Religionsgruppe in der von vielen Religionen geprägten Gesellschaft der EU dar. Die in der EU lebenden Muslime sind eine sehr vielfältige Mischung aus verschiedenen Ethnien, Sprachen, säkularen und religiösen Tendenzen, kulturellen Traditionen und politischen Überzeugungen.

Muslime aus der Türkei, Nordafrika, dem Nahen Osten, Pakistan, Bangladesch und dem ehemaligen Jugoslawien machen die überwiegende Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in der Europäischen Union aus. Eine beträchtliche Anzahl von ihnen sind EU-Bürger. Zudem sind einige in der EU lebende Muslime in den Ländern, in denen sie leben, seit sehr langer Zeit ansässig.

Das EUMC fordert insbesondere die folgenden rechtlichen und politischen Maßnahmen:

Das EUMC ist der Auffassung, dass Maßnahmen und Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierung und gesellschaftlicher Marginalisierung politische Priorität sein sollten. Politische Maßnahmen müssen berücksichtigen, dass viele Muslime in der EU Diskriminierung erfahren haben. Diese Diskriminierung hat sich auf die Beschäftigungsmöglichkeiten und das Bildungsniveau ausgewirkt und so zu einer gesellschaftlichen Marginalisierung geführt.

- ✓ **Umsetzung von Rechtsvorschriften:** Die Mitgliedstaaten müssen in vollem Umfang die Antidiskriminierungsrichtlinien (die Antirassismus-Richtlinie 2000/43/EG und die Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf 2000/78/EG) umsetzen und die Bestimmungen der Richtlinien, einschließlich der Durchführung besonderer Maßnahmen zur Förderung der Gleichbehandlung, stärker als bisher anwenden. Die Mitgliedstaaten sollten auch erwägen, über die rechtlichen Mindestanforderungen der Richtlinien hinauszugehen, um zu gewährleisten, dass durch Diskriminierung gefährdete Gruppen über ihre Rechte informiert sind und die Mittel zur Durchsetzung dieser Rechte erhalten.
- ✓ **Registrierung und Verfolgung islamophober Vorfälle:** Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, Mechanismen zur allgemeinen Registrierung von rassistischen Vorfällen zu schaffen, mit dem Ziel, diese Statistiken nach verschiedenen Opfergruppen aufzuschlüsseln - einschließlich Muslime. Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, antirassistische Schulungen und Schulungen zur „Vielfalt“ in ihre polizeilichen Ausbildungsprogramme aufzunehmen.
- ✓ **Durchführung von sozialen Integrations- und Inklusionsmaßnahmen für Migranten und Minderheiten:** Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, unterstützende Maßnahmen für Migranten und Minderheiten, einschließlich Muslimen, durchzuführen, um diesen Chancengleichheit zu bieten und deren Marginalisierung zu verhindern. Minderheiten sollten bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur sozialen Integration aktiv konsultiert werden.
- ✓ **Fördermaßnahmen im Bereich Beschäftigung:** Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, ihre Bemühungen um verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem für Jugendliche von Minderheitengruppen, einschließlich Muslimen, zu verstärken. Nationale und örtliche Behörden könnten bei der Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Beschäftigung eine führende Rolle übernehmen.
- ✓ **Förderung von Maßnahmen im Bereich Bildung und Ausbildung:** Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, die Gründe für die im Bereich der Bildungsabschlüsse bestehenden Unterschiede zu untersuchen. Die Mitgliedstaaten sollten vermeiden, dass Schüler von Minderheiten in getrennten Klassen untergebracht werden. Die Mitgliedstaaten sollten eine Überprüfung der Schulbücher vornehmen, um sicherzustellen, dass die Geschichte von Minderheitengruppen auf korrekte Weise dargestellt wird. Die Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie sollte Teil des offiziellen Lehrplans werden.
- ✓ **Beteiligung der politischen Parteien:** Sämtliche politische Parteien in Europa werden aufgefordert, die „Charta der europäischen Parteien für eine nicht-rassistische Gesellschaft“ zu unterzeichnen und umzusetzen¹.

¹http://www.eumc.eu.int/eumc/index.php?fuseaction=content.dsp_cat_content&catid=3ef0500f9e0c5&contentid=3ef0546396bb5 (in englischer Sprache)

- ✓ **Partizipation:** Europäischen Muslime sollten ermutigt werden, sich aktiver am öffentlichen Leben (beispielsweise an politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Prozessen) zu beteiligen.
- ✓ **Medien:** Die Medien sollten ihre Berichterstattung überprüfen, um sicherzustellen, dass sie über diese Themen korrekt und umfassend informieren. Die Medien werden ermutigt, Maßnahmen zur Einstellung und Ausbildung von Journalisten zu initiieren, die die innerhalb der EU herrschende Vielfalt widerspiegeln. Die Mitgliedstaaten werden ermutigt, in Übereinstimmung mit Artikel 14 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (2000/31/EG) die entsprechenden für Internet-Diensteanbieter geltenden Gesetze zu verabschieden oder zu verschärfen, um eine Weiterverbreitung von illegalem rassistischem Material zu verhindern.

Praktische Initiativen zur Bekämpfung von Islamophobie und zur Förderung des Zusammenhalts

Das EUMC ermutigt die Mitgliedstaaten, aktiv dem Beispiel praktischer Initiativen aus der EU zu folgen, von denen viele im Bericht vorgestellt werden.

Das EUMC ist der Ansicht, dass Integration ein beiderseitiger Prozess ist. Viele europäische Muslime räumen ein, dass sie mehr tun müssen, um sich in die Gesellschaft einzubringen. Aber gleichzeitig müssen auch die Politiker in Europa größere Anstrengungen unternehmen, um einen sinnvollen interkulturellen Dialog zu fördern, und Rassismus, Diskriminierung und Marginalisierung wirksamer entgegenzutreten. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, den Zusammenhalt in den europäischen Gesellschaften zu stärken. Dies bedeutet Achtung der Vielfalt, Aufrechterhaltung der Grundrechte und Gewährleistung von Chancengleichheit für alle.

Bildungsinitiativen

- ✓ In Luxemburg hat das Bildungsministerium entschieden, dass Schüler im letzten Schuljahr einen Kurs über Religion und Ethik belegen, der sich mit dem Dialog zwischen den Religionen beschäftigt und die Werte der nicht christlichen Religionen vermittelt.

Interreligiöser Dialog

- ✓ In Deutschland wurden mehrere „Islamforen“ mit dem expliziten Ziel gegründet, die Vorurteile und Ängste gegenüber der muslimischen Gemeinschaft abzubauen und eine kritische Diskussion zwischen Vertretern der muslimischen Organisationen und Vertretern der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Diese Foren haben keinen offiziellen Status und wurden von einer Nichtregierungsorganisation initiiert.
- ✓ Im Vereinigten Königreich haben religiöse Führer der muslimischen, jüdischen und christlichen Glaubensgemeinschaften das Dreiglaubensforum („Three Faiths Forum“) gegründet, das Konferenzen, Seminare und Tagungen mit Politikern der Regierungs- und Kommunalebene durchführt.

Kommunale Initiativen

- ✓ In Rotterdam fördert die Stadtverwaltung mit finanziellen Mitteln die Organisation SPIOR, eine Plattform islamischer Organisationen. Die 1990 gegründete Organisation fördert die Interessen der Muslime Rotterdams und vertritt 42 Organisationen, wozu

u.a. acht ethnische Gemeinschaften sowie Frauen- und Jugendorganisationen gehören. Zu den wichtigsten Aufgaben der jüngsten Vergangenheit zählt die Förderung eines besseren Verständnisses zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Die Stadtverwaltung Rotterdam hat zwischen Februar und April 2005 insgesamt neun „Islamdebatten“ durchgeführt. Im Rahmen dieser Debatten wurden verschiedene islambezogene Themen diskutiert, die von der Höhe der Minarette für neue Moscheen bis hin zur Bildung und der wirtschaftlichen Lage reichten.

- ✓ Im Vereinigten Königreich haben mehrere örtliche Verwaltungsbehörden schriftliche Richtlinien dazu ausgearbeitet, wie die seelsorgerischen, religiösen und kulturellen Bedürfnisse der muslimischen Schüler zu erfüllen sind. Eine der detailliertesten und hilfreichsten wurde in Birmingham in Zusammenarbeit mit der Zentralmoschee Birminghams ausgearbeitet. Örtliche Behörden haben zudem eine Reihe „bewährter Praktiken“ („good practices“) für den Umgang mit und die Bekämpfung von Islamophobie ausgearbeitet und verweisen in ihren Unterlagen auf das Problem religiöser Anfeindungen und auf die Islamophobie.

Polizeiliche Initiativen

- ✓ Im Vereinigten Königreich hat die Londoner Polizei (*Metropolitan Police Service*) in großem Umfang mit der Nichtregierungsorganisation FAIR (Forum gegen Islamophobie und Rassismus) und anderen wichtigen Organisationen bei der Durchführung der Kampagne „Islamophobie – Leide nicht still!“ („*Islamophobia – Don’t Suffer in Silence*“) zusammengearbeitet. Dabei handelt es sich um eine große, 2004 gestartete landesweite Kampagne der Londoner Polizei, die mit dem Ziel durchgeführt wurde, gegen Muslime verübte Straftaten zu bekämpfen, Opfern von Islamophobie zu helfen sowie die Überwachung der Islamophobie durch die Londoner Polizei und die Beziehungen zur muslimischen Gemeinschaft zu verbessern.

Der vorliegende Bericht wird durch eine Studie zur „**Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamophobie**“ ergänzt, die auf ausführlichen Interviews mit Mitgliedern muslimischer Gemeinschaften in zehn EU-Mitgliedstaaten basiert. Diese Studie bietet eine Momentaufnahme der Meinungen, Gefühle, Ängste, Frustrationen, aber auch der Zukunftshoffnungen zahlreicher Muslime in der EU.